

## EU-AUßENGRENZEN

# Vor den Toren der Festung Europa



"Der Druck der EU auf Marokko ist unglaublich hoch". Außenminister Jean Asselborn Anfang Mai zu Besuch bei Mohammed Ben Al-Hassan, König von Marokko. (Foto: SIP)

**Die EU verhandelt derzeit mit mehreren Maghrebstaaten über eine intensive Kooperation bei der Flüchtlingsabwehr. In Marokko, einst Transitland, heute Endstation, kämpfen schon jetzt Tausende von Flüchtlingen ums Überleben.**

Hinter dem Stacheldrahtzaun weht Europas Fahne. Die gelben Sterne auf blauem Grund künden von einem besseren Leben jenseits der Grenze, die Marokko von der kleinen spanischen Enklave Ceuta trennt. Polizei und Militär sorgen dafür, dass es für die meisten Menschen auf der afrikanischen Seite bei der Verheißung bleibt: Mehrere Boote der Guardia Civil patrouillieren im Hafen, die Autos, die zur Fähre aufs europäische Festland wollen, werden gründlich gefilzt, Hunde schnüffeln, ob sich nicht doch ein blinder Passagier in einem verborgenen Winkel eines Lasters versteckt.

"Visa für die EU", berichtet der Mittvierziger Achmed, "sind in Marokko nur gegen viel Geld zu bekommen." Zu viel Geld für einen wie ihn, der ein paar Dirham mit der Bewachung hier abgestellter Autos verdient. "Für mich gibt es hier keine richtige Arbeit", versichert der Mann, der einst Maschinenbau studiert hat, "aber Ihr in Europa, Ihr braucht doch eigentlich Leute wie mich."

Er muss die Hoffnung nicht aufgeben. Brüssel verhandelt zurzeit intensiv mit mehreren Ländern Nordafrikas über einen Ausbau der Zusammenarbeit. Größere Visakontingente und mehr Entwicklungshilfe stellen die Europäer in Aussicht. Im Gegenzug sollen die Maghrebstaaten noch strikter ihre Grenze sichern. "Europa will die Flüchtlingsabwehr auslagern", kritisiert Mohamed Khachani, ein marokkanischer Migrationsforscher.

Einen traurigen Höhepunkt der EU-Politik zur Flüchtlingsabwehr bilden unter anderem die Ereignisse in den Enklaven Ceuta und Melilla vor zwei Jahren, als Hunderte schwarzafrikanischer Flüchtlinge über die Grenzzäune stürmten, woran sie die spanische Polizei mit Schüssen zu hindern suchte. 14 Flüchtlinge starben, Dutzende von ihnen wurden zum Teil schwer verletzt. Nun gibt es überhaupt kein Durchkommen mehr. Die Zäune sind heute so hoch, dass sie mit selbst gebauten Leitern nicht mehr zu erklimmen sind, und Kriegsschiffe sowie ein hoch-

sensibles Radarsystem machen die Straße von Gibraltar praktisch unpassierbar.

In der klaren Frühlingsluft scheint der berühmte Felsen von Marokko aus zum Greifen nah. Einzelne Häuser gar sind entlang der nur 13 Kilometer entfernten Küste Europas zu erkennen. Da ist die Versuchung groß, es vielleicht doch mit dem Boot zu versuchen. Versteckte kleine Buchten gibt es auf der afrikanischen Meeresseite genug. Doch ist die marokkanische Polizei inzwischen auch hier so präsent, dass ein Durchkommen fast ausgeschlossen ist. Alle paar Kilometer gibt es Straßenkontrollen. Die selbst erbauten Lager der Schwarzafrikaner in den nahe gelegenen Wäldern haben die Sicherheitskräfte längst zerstört. Nur ein paar einzelne Flüchtlinge harren hier noch aus.

## Gescheiterte Flucht

Gut 300 Kilometer weiter südlich, in der Hauptstadt Rabat, bietet sich ein ganz anderes Bild. Hier sind die Straßen voll von Menschen aus Nigeria, Kamerun oder dem Senegal. Die "Subsahariens", wie sie hier heißen, haben erkennen müssen, dass ihre Flucht nach Europa vorerst gescheitert ist, sie in Marokko gestrandet sind. Offizielle Zahlen gibt es nicht, die Schätzungen schwanken zwischen 10.000 und 100.000. Die meisten haben sich nun dort niedergelassen, wo das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) seinen Sitz hat. Um wenigstens offiziell als Flüchtling anerkannt zu werden – was ihre Lage nicht wirklich besser macht.

Fiston Massamba wartet auf dem Bazar am Eingang zum Armenviertel Takadoum. Zwischen gackernden Hühnern, Gemüsehändlern, Müllbergen und spielenden Kindern führen die beiden Kongolesen den Besucher tief hinein ins Gewirr kleiner Gassen. Unterwegs erzählt der 28-Jährige seine Geschichte. Wie er seine Heimat verlassen hat, weil er dort keine Zukunft mehr für sich sah. Wie er per Schiff, Bus, Auto und zu Fuß sieben Länder durchquerte, immer wieder Geld für die Weiterreise verdienen

musste und schließlich nach drei Jahren Marokko erreichte. Wie er von den Behörden zweimal aufgegriffen, geschlagen und an der algerischen Wüstengrenze ausgesetzt wurde – und einfach wieder zurücklief. "Ich bin jetzt fünf Jahre unterwegs", sagt Fiston nachdenklich, "und habe Europa noch immer nicht erreicht."

Auf der Eingangstreppe einer Bruchbude stehen sich einige junge Leute die Beine in den Bauch. Erst nach einiger Diskussion machen sie den Weg frei und gehen die frei schwebende Betontreppe ohne Geländer hinauf. Vorbei an einer kleinen dunklen Kammer im Erdgeschoss, in der etwa 15 apathisch dreinschauende Männer in einen Minifernseher hineinstarren. Oben gibt es in den hinteren Räumen überhaupt kein Licht, Möbel gibt es auch nicht. Das Zimmer am Fenster dient als Versammlungsraum. Auf einer Strohmatten liegen zwei Gebetsketten.

Die Menschen in der Runde stellen sich nur mit ihrem Herkunftsland vor, nicht namentlich, zu groß ist die Angst. Fast ganz Subsahara-Afrika ist vertreten: Guinea, Mali, Senegal, Gambia, der Kongo und viele Länder mehr. "Früher war Marokko ein Transitland", sagt einer, auf ihre Lage angesprochen, "seit der Grenzschließung sitzen wir hier fest." Zumal sich auch viele ihrer Heimatländer weigern, sie zurückzunehmen. So haben viele nichts zu verlieren und spekulieren auf die rettende Bootsfahrt – trotz der vielen Toten im Mittelmeer und im Atlantik, von denen sie natürlich auch wissen. "Ich muss Geld für meine Familie verdienen. Deshalb bleibt mein Ziel Europa", sagt einer: "Klar ist das nicht einfach, aber es gibt noch Möglichkeiten." Wo er es probiert, weiß er noch nicht. Vielleicht über die Straße von Gibraltar oder doch im Süden nahe von Laayoune, um von dort auf die zu Spanien gehörenden Kanaren überzusetzen. Der Mut der Verzweiflung wächst von Tag zu Tag.

## Mut der Verzweiflung

Das Wort "désespéré" fällt oft. Die Flüchtlinge berichten von einer aggressiven Stimmung gegen sie, arme Araber im Viertel sehen sie als Konkurrenten. Sie erzählen von den horrenden 220 Euro Monatsmiete, die der Eigentümer für die Baracke verlangt, weil es unter Strafe steht, so genannte Illegale unterzubringen. Arbeiten dürfen sie ohnehin nicht, die Kinder nicht in die Schule gehen.

Das Königreich Marokko, in einem vorsichtigen Demokratisierungsprozess befindlich, hat die Genfer Konvention unterzeichnet, gewährt vielen Flüchtlingen aber nicht den darin verbrieften Schutz. So stellen ihnen die Behörden beispielsweise keinerlei Aufenthaltspapiere aus, was

einen rechtlosen Zustand zur Folge hat. Razzien der Polizei sind deshalb keine Ausnahme, die Sicherheitskräfte begleiten die Subsahariens dann bis zur Grenze und setzen sie dort aus. Der letzte größere Fall – rund 500 Menschen – datiert auf kurz vor Weihnachten. Hilfsorganisationen haben dokumentiert, dass eine schwangere Frau dabei ihr Kind verloren hat. Vorwürfe erheben sie nicht nur gegen Marokkos Behörden, denen sie unterstellen, mit solch hartem Vorgehen der EU ihren Kooperationswillen beweisen zu wollen. Die schwersten Vorwürfe richten sich ausgerechnet gegen das UN-Flüchtlingshilfswerk.

Keine Fahne, kein Schriftzug – von außen ist kaum erkennbar, dass die Weltorganisation in dieser kleinen Straße in den Ausläufern Rabats ihren Sitz hat. Nur in einem kleinen Schaukasten stehen die Zeiten, zu denen sich Flüchtlinge hier registrieren lassen können. Das Understatement ist Programm. Das UNHCR ist nicht in der Lage, die Flüchtlinge seinem Auftrag entsprechend zu schützen; auch wenn sie nämlich von den Vereinten Nationen nach einer ausführlichen Prozedur als solche anerkannt sind, bewahrt sie dies nachweislich nicht vor Abschiebungen und Misshandlungen. Die UN-Mitarbeiterin Anne Triboulet räumt denn auch ein, dass "wir zwar nicht illegal hier sind, aber auch noch kein Rahmenabkommen für unsere Arbeit hier existiert". Mit der Folge, dass sie nur innerhalb dieses Gebäudes stattfindet und kaum außerhalb, wo sie am nötigsten wäre.

Astrid Kamuleta zumindest bekommt ihre Miete bezahlt. Vor allem deswegen, weil die Frau aus dem Kongo für sieben allein geflohene Kinder zwischen 13 und 18 Jahren die Ersatzmutter gibt. Von ihren beiden eigenen hat die 50-Jährige nichts mehr gehört, seit sie nach dem Mord an ihrem Mann und ihrer vorübergehenden Verhaftung vor vier Jahren ihr Land überstürzt verlassen musste. Sie berichtet von dieser persönlichen Tragödie mit leeren Augen, so als erzähle sie die Geschichte eines anderen Menschen. Dann huscht ein kurzes trauriges Lächeln über ihr Gesicht: "Jetzt habe ich sieben neue Kinder."

Und in diesem Sinn auch einen Enkel. Stolz trägt sie aus einem der Schlafzimmer den einjährigen David her. Er ist der Sohn einer 17-Jährigen, die auf der Flucht von Schleusern vergewaltigt wurde. Diese schleicht ebenfalls in die Küche, blickt sich scheu um und macht sofort kehrt, als sie den männlichen Gast sieht. Aufgrund ihres rechtlosen Status kann sie sich auch hier in Marokko nicht dagegen wehren zur Prostitution gezwungen zu werden. Außerdem, so be-

richtet Astrid Kamuleta, sei das neben der Bettelei eine der wenigen Möglichkeiten für die Flüchtlinge, an Geld zu kommen. Bei diesem Gedanken verliert sie die Beherrschung: "Es ist wirklich schlimm für die Mädchen hier", bringt sie unter Tränen hervor.

## Kritik an UN-Flüchtlingshilfe

Hilfe gibt es nur sporadisch. Die Caritas, die mit mehreren Mitarbeitern vor Ort ist, bringt von Zeit zu Zeit einen Liter Olivenöl und Reis vorbei. Auch eine protestantische Hilfsorganisation aus Frankreich unterstützt die Subsahariens in Rabat im täglichen Überlebenskampf und organisiert sporadische Schulbesuche für die Kinder. Die Ärzte ohne Grenzen gewähren zumindest eine notdürftige medizinische Versorgung. Größte Stütze freilich ist die Solidarität untereinander.

Rettung von politischer Ebene ist zurzeit kaum zu erwarten. "Der Druck auf Marokko ist unglaublich hoch", sagt Mohamed Khachani von der Uni Rabat. Um gleich schwere Vorwürfe gegen Europa zu erheben: "Die Politiker dort denken, je härter sie gegen Migranten vorgehen, desto eher werden sie wiedergewählt. Ihr angebliches Engagement für die Menschenrechte ist nur Fassade, es existiert nicht." Die Massenflucht aus der Sahara lasse sich nun mal nicht mit bloßer Härte, sondern nur mit mehr Entwicklungshilfe stoppen. Auch Khachani rügt den vorausseilenden Gehorsam der Behörden seines Landes, doch seien Übergriffe selten und zudem öffentlich kritisiert worden: "In Algerien passiert das zwei- oder dreimal die Woche, das erfährt nur niemand." In der Tat verfügt Marokko über eine aktive Zivilgesellschaft, die zur Lage der Subsahariens nicht schweigt, allen voran die Menschenrechtsorganisation Association Marocaine des Droits Humains. Sogar ein Sitz in wurde vergangenes Jahr zur EU-Afrika-Konferenz in Rabat organisiert.

Fiston Massamba, dessen Bild es damals sogar auf die Titelseiten einiger marokkanischer Zeitungen geschafft hat, sitzt nun in einem kleinen Café nahe des Bahnhofs Agdal. Nach den Ereignissen in Ceuta und Melilla hat er zusammen mit rund 20 weiteren den subsaharischen Flüchtlingsrat gegründet, dem je ein Repräsentant eines afrikanischen Landes angehört. Ständig klingelt deshalb das Handy, das alle modernen Flüchtlinge mit sich tragen. "Mein mobiles Büro", sagt Fiston, der immer bestens über die Lage in Rabat, Casablanca, Tanger und den Wäldern vor Ceuta informiert ist. "Die Leute dort sind zu allem bereit, weil ihre Lage so verzweifelt ist." Dann schaut er seinem weißen Gesprächspartner tief in die Augen: "Du kannst hingehen, wo Du willst, ich nicht – das ist einfach ungerecht."

Christopher Ziedler

Christopher Ziedler ist Redakteur der Stuttgarter Zeitung und hat für diesen Artikel in Ceuta und Rabat recherchiert.